

# CO2-Abgabe 2025: Staat kassiert 21,4 Milliarden Euro

---

 [blackout-news.de/aktuelles/co2-abgabe-2025-staat-kassiert-214-milliarden-euro-geringverdiener-tragen-die-hauptlast](https://blackout-news.de/aktuelles/co2-abgabe-2025-staat-kassiert-214-milliarden-euro-geringverdiener-tragen-die-hauptlast)

Blackout News

January 11, 2026

2025 nahm der Bund mit CO2-Zertifikaten 21,4 Milliarden Euro ein, doch die Belastung verteilt sich nicht fair. Denn die CO2-Kosten fließen in fast alle Preise, weil Produktion, Transport und Lagerung Energie brauchen. Gleichzeitig profitieren einkommensstärkere Haushalte häufiger von Förderungen für Elektroautos, Gebäudesanierung, Solaranlagen, Speicher und Heizungstausch. Geringverdiener tragen dagegen die Teuerung vollumfänglich im Alltag, denn sie können kaum von den Förderungen profitieren. Das bei der Einführung der CO2-Abgabe versprochene Klimageld sollte diese Schieflage ausgleichen, doch es wurde bis heute nicht ausgezahlt und bleibt politisch auch künftig außen vor.

## Warum die CO2-Kosten im Einkaufskorb landen

---

Die CO2-Abgabe wirkt nicht nur beim Tanken und Heizen, sondern sie läuft durch die gesamte Wertschöpfungskette. Denn Speditionen kalkulieren höhere Sprit- und Energiekosten ein, und Hersteller brauchen Strom sowie Prozesswärme. Außerdem verteuern Kühlung, Lagerhallen und Filialbetrieb viele Produkte, sodass die Abgabe als stiller Aufschlag im Supermarkt und beim Handwerker ankommt.



CO<sub>2</sub>-Abgabe – Geringverdiener zahlen überproportional, während die daraus finanzierten Fördergelder die Besserverdiener erhalten

Hinzu kommt der Preisimpuls aus dem ETS-1, also dem Emissionshandel für Industrie und Kraftwerke. Diese Unternehmen kaufen Zertifikate und sie geben die Kosten über Strom- und Produktpreise weiter. Dadurch zahlen Haushalte indirekt mit, obwohl sie keinen eigenen „CO<sub>2</sub>-Posten“ sehen. Folglich entsteht eine breite Preiswelle, die den Grundbedarf besonders empfindlich trifft.

## **Direkte Belastung steigt – und trifft unten härter**

---

Seit 2020 verteuert der Staat Kraft- und Brennstoffe über den nationalen ETS-2. Für jede Tonne Treibhausgas aus Auto oder Heizung fielen im vergangenen Jahr 55 Euro an. Nach Zahlen des Umweltbundesamtes zahlten Verbraucher darüber rund 16 Milliarden Euro, während es 2024 noch 13 Milliarden Euro waren. Damit wächst der Druck und Geringverdiener spüren ihn schneller, weil Energieausgaben einen größeren Teil ihres Budgets binden.

Zusätzlich erzielte der Staat 5,4 Milliarden Euro, indem er Emissionsberechtigungen im ETS-1 versteigerte. Diese Kosten landen später über höhere Strompreise und teurere Güter bei den Endkunden. Insgesamt flossen die 21,4 Milliarden Euro in den Klima- und Transformationsfonds (KTF), also in einen Fördertopf, der politische Prioritäten finanziert.

## **Klimageld angekündigt – dann aus dem System gedrängt**

---

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung sollte sozial abgefedert werden und deshalb stand das Klimageld im Raum. UmweltökonomInnen wollten die Einnahmen pro Kopf zurückgeben, damit Haushalte mit kleinem Einkommen netto entlastet werden. Allerdings blieb es bei Begründungen und Verschiebungen: Erst verwies die Politik auf fehlende Kontodaten, und später verschwand der Plan aus der Umsetzung.

Statt einer direkten Rückzahlung sammelt der KTF die Milliarden und verteilt sie über Programme. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, bewertete das Instrument positiv: „In Kombination mit weiteren wirkungsvollen Maßnahmen setzt die CO<sub>2</sub> -Bepreisung entscheidende Impulse für den klimaschonenden Umbau unserer Gesellschaft“. Gleichzeitig zeigt die Praxis eine harte Grenze, weil ohne Klimageld der automatische Ausgleich insbesondere bei Geringverdienern fehlt.

## **Förderlogik belohnt Kapital – und verschärft Ungleichheit**

---

Ein großer Teil der KTF-Mittel fließt in Sanierung und Modernisierung, und davon profitieren vor allem Immobilienbesitzer. Außerdem unterstützen Programme Elektroautos, Ladeinfrastruktur, sowie Investitionen in Solaranlagen und Batteriespeicher. Diese Schritte verlangen Eigenkapital und deshalb erreichen sie häufig Haushalte mit größeren finanziellen Reserven.

Wer mietet oder knapp kalkuliert, kann die entscheidenden Investitionen oft nicht anstoßen. Geringverdiener zahlen die CO<sub>2</sub>-Kosten trotzdem über höhere Rechnungen und steigende Preise im Alltag, während sie den Förderzugang nicht nutzen können. Damit entsteht eine Umverteilung über den Mechanismus „zahlen über Preise, profitieren über Zuschüsse“.

## **Alternativen fehlen – die Abgabe lenkt zu wenig, belastet aber stark**

---

Im Verkehr und beim Heizen fehlen vielerorts bezahlbare Ausweichmöglichkeiten. Denn der öffentliche Nahverkehr bleibt in vielen Regionen lückenhaft, und Elektroautos bleiben für viele Haushalte teuer. Auch ein Heizungstausch kostet viel Geld, und Eigentümer entscheiden oft allein, was in Mietshäusern passiert. Deshalb bleibt der Lenkungseffekt begrenzt, obwohl die Kosten steigen. Insbesondere die geförderte Gebäudesanierung und Umrüstung alter Heizsysteme legen dann Vermieter auf die Mieten um. Auch das trifft wiederum die Geringverdiener.

Gleichzeitig entlastet der Staat Industrie über einen CO<sub>2</sub>-Preis-Ausgleich bei Stromkosten, weil diese Betriebe im internationalen Wettbewerb stehen. IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis formulierte dazu eine klare Warnung: „Der CO<sub>2</sub>-Preis bringt unsere Betriebe um.“ Dennoch zeigt die Konstruktion einen Unterschied, weil für Unternehmen Korrekturmechanismen greifen, während Haushalte keinen Pro-Kopf-Ausgleich erhalten.

## Unterm Strich: Preiswelle für alle – Vorteil für wenige

---

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe treibt Preise breit nach oben, weil Energie in nahezu jeder Ware steckt. Gleichzeitig landen große Teile der Fördermittel bei Gruppen, die investieren können und das verschiebt die Entlastung nach oben. Ohne Klimageld fehlt der automatische Rückfluss an Bürger, obwohl er als sozialer Kern angekündigt war.

Damit bleibt ein System, das unten stärker belastet und oben häufiger entlastet. Geringverdiener zahlen die Preisaufschläge im Alltag, während Förderprogramme oft dort wirken, wo bereits Vermögen vorhanden ist. Solange der Staat keinen direkten Ausgleich einführt, bleibt die soziale Schieflage Teil der CO<sub>2</sub>-Politik. (KOB)

Lesen Sie auch:

- [Eon-Chef fordert gerechte Energiewende: Der Geringverdiener trägt die Last](#)
- [Privatleute zögern – jetzt soll Social Leasing den Umstieg auf ein E-Auto beschleunigen](#)
- [Der Klimageld-Betrug – Versprechen und Realität der CO<sub>2</sub>-Abgabe](#)
- [Begrenzte Finanzmittel und technische Probleme – Wird das Klimageld überhaupt ausgezahlt?](#)